

Primat des Zivilen

Jan van Aken - ein Kämpfer für den diplomatischen Weg



Das Cottbuser Café Mangold ist am 23. Februar knacke voll. Das sich gut 100 Menschen in den Saal drängen zeigt die Brisanz, denn es geht um Krieg und Frieden. In der Reihe „Plan B“ wird die Frage gestellt: „Panzer für den Frieden? Wege aus dem Krieg in der Ukraine“. Zu Gast ist der ist der linke Sicherheitsexperte Jan van Aken.

Jan van Aken kann sich gut erinnern an die Zeit vor einem Jahr. Er hielt es für möglich, dass der Kreml (nicht DIE Russen) einen kriegerischen Schritt aus sicherheitsmotivierten Gründen gehen werde, doch in allem was folgte, erkennt er Putins Ziel nicht. Er verurteilt den Überfall scharf.

Wie viele friedensbewegte Menschen ist auch der Hamburger auf der Suche nach Lösungswegen. Der Grat zwischen solidarischer Haltung den Menschen in der Ukraine gegenüber und einer antimilitaristischen Haltung ist derzeit schmal. Er kritisiert die Polarisierung in der Debatte, ganz besonders im medialen Raum. Einordnungen sind schnell gemacht; von Kriegstreiber bis Putinverstehler, von

„NATO-Hure“ bis „in Putins Arsch stecken“. Dabei wären gerade in einer Zeit der weltweiten Aufrüstung besonnene Stimmen und Verständnis für die Zweifel des Gegenüber wichtig.

Natürlich ist es verständlich, dass derzeit viele Menschen Waffenlieferungen für die richtige Unterstützung der Ukraine halten. Doch van Aken zeichnet das Bild vom „Primat des Zivilen“: Du wirst Zeuge, wie jemand im Park überfallen wird. Deine Begleitung möchte dem Angegriffenen sofort ein Messer zuwerfen. Doch ein Moment der Besinnung könnte auch zu Überlegungen führen, wie dem Angreifer die Hände auf dem Rücken zu binden sind.

Waffen erst, wenn zivile Möglichkeiten ausgeschöpft sind! Und hier sieht van Aken Handlungsräume.

So gehört er zu den Kritikern der aktuellen Sanktionspolitik, denn klare Zieldefinitionen und Aufhebungsperspektiven fehlen aus seiner Sicht. Auch verweist er auf die ungenaue Zielpersonengruppe, da Oligarchen Verlorenes schnell ersetzen. Wichti-

ger wären die 20.000 Multimillionäre, das Herz der russischen Wirtschaft. Angesprochen auf den möglichen weiteren Verlauf sieht van Aken mit Blick auf Kriege der letzten Jahrzehnte folgende Szenarien: Frieden durch den Sieg einer Seite (unwahrscheinlich), Materialschlacht über Jahre (wahrscheinlich und mit vielen Opfern verbunden).

Da der Experte die Waffenlieferungen eher als Politikersatz versteht, pocht er auf diplomatische Wege. Dazu gehört eine neue Richtungsdefinition in der Außenpolitik, zum Beispiel eine stärkere Konzentration auf europäische Ziele, Augenhöhe mit Ländern wie China und Indien, die auch in Verhandlungen mit Russland eine Rolle spielen könnten. Für den Internationalisten Jan van Aken zählt als Zukunftsvision das kooperative Miteinander in einer multipolaren gerechten Welt, denn „...auch, wenn wir in 30 Jahren die Augen öffnen, wird Russland noch auf der Landkarte sein.“

come

Der Mittschnitt zur Veranstaltung ist auf youtube DIE LINKE Lausitz zu sehen.



Liebe Leserinnen und Leser, es ist nun leider bereits ein Jahr her, seit Putin die Ukraine überfiel. Seitdem sind viele Menschen gestorben, verletzt und vertrieben worden. Es wurden ganz Landstriche zerstört. Dieser Angriff ist zutiefst zu verurteilen. Wir stehen an der Seite der Menschen in der Ukraine, die in diesem Krieg furchtbar leiden müssen.

Die europäische Antwort im Kampf gegen die Invasion lautet derzeit jedoch nur Hilfe durch immer mehr Waffenlieferungen und Sanktionen. Es ist schwer geworden, eine pazifistische Meinung in der Öffentlichkeit zu äußern, ohne dass die solidarische Haltung angezweifelt wird oder eine Anklage erfolgt. Es kostet Kraft, gegen den starken Befürworterstrom für Aufrüstung anzugehen. Aber was im Zuge des Ukrainekrieges weltweit in Bezug auf die Ausweitung militärischer Arsenale und Aktivitäten im Gange ist, sollte uns alle beunruhigen.

Natürlich haben wir auch in der LINKEN dazu unterschiedliche Sichtweisen. Doch sollten wir uns nicht spalten lassen. Die Veranstaltung mit Jan van Aken hat zumindestens mir wieder ein bisschen mehr Zuversicht gegeben. Wenn wir akzeptieren, dass ein so hoch emotionales Thema natürlich zu Fragen und Diskussionen führt und an unseren Idealen rüttelt. Doch wissen wir auch: uns eint der tiefe Wunsch nach Frieden und Diplomatie. Das ist wichtig und sollte uns leiten, auch wenn der Gegenwind derzeit stärker bläst.

Conny Meißner,
KGF DIE LINKE Lausitz



Wir brauchen zivile Alternativen zum militärischen Tunnelblick

Interview mit den Parteivorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan

Am 24. Februar jährt sich der Angriff Russlands auf die Ukraine. Millionen Menschen sind auf der Flucht, es gibt bereits Hunderttausende Tote und es ist kein Ende in Sicht. Was schlägt DIE LINKE vor in dieser schrecklichen Situation?

Schirdewan: Wir stellen uns ganz klar gegen Putins Angriffskrieg, fordern den Rückzug der russischen Truppen, eine Verfolgung von Kriegsverbrechen und Druck auf Putins Regime. Aber während die Union versucht, die Ampel bei Waffenlieferungen und Aufrüstung noch rechts zu überholen und die Rechtsaußen den Krieg einfach für ihre Hetze gegen die Demokratie instrumentalisieren, machen wir konkrete Vorschläge für einen Weg zum Frieden. So haben wir schon im Dezember den Start von Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Präsidenten Selensky und Putin auf Einladung der UN unter Hinzuziehung der EU und Indiens/Chinas vorgeschlagen. Warum reisen Scholz, Macron

und Biden eigentlich nicht immerzu um die Welt, um internationalen Druck auf Putin für Waffenstillstandsverhandlungen aufzubauen?

DIE LINKE ist und bleibt die Friedenspartei im Deutschen Bundestag. Wir zeigen, dass es zivile Alternativen zum militaristischen Tunnelblick, zu Aufrüstung und weiterer Eskalation gibt - und auch dringend braucht. Wir treten an, um denen Hoffnung zu geben, die an der Regierungspolitik zweifeln, aber fortschrittliche Lösungen wollen.

Warum reisen Scholz, Macron und Biden eigentlich nicht immerzu um die Welt, um internationalen Druck auf Putin für Waffenstillstandsverhandlungen aufzubauen?

Wäre dieses schreckliche Jubiläum vermeidbar gewesen?

Wissler: Es ist ja immer schwer, 'Was wäre Wenn'-Fragen zu beantworten. Zuerst hätte natürlich Putin selbst den Krieg

verhindern bzw. längst beenden können. Er ist der Verantwortliche für dieses Grauen. Man muss aber auch sagen, dass die NATO und auch die Bundesregierung leider viel falsch gemacht haben. In diesem Krieg haben die NATO-Staaten bisher einseitig auf eine militärische 'Lösung' des Konflikts gesetzt und kaum auf diplomatische Initiativen. Das hat nicht dazu geführt, dass der Krieg schnell beendet wurde, es droht ein langer Abnutzungskrieg mit erheblicher Eskalationsgefahr.

Putin ist der Verantwortliche für dieses Grauen.

Schirdewan: Wären die Sanktionen gegen die verantwortlichen Personen schnell und konsequent gekommen, hätte das wirklich einiges an Druck erzeugt. Hier ist immer noch viel Luft nach oben. In Russland gibt es über 20.000 Multimillionäre, nur ein kleiner Teil von ihnen wird überhaupt sanktioniert. Und auf der diplomatischen Ebene hätte man daran arbeiten müssen, Putin wirk-

sam zu isolieren - gemeinsam mit Ländern wie Brasilien und China. Aber die Bundesregierung traut sich bis heute nicht aus der Konfrontationspolitik der USA gegenüber China auszuscheren. Und man hätte Richtung Moskau immer klar sagen müssen: Wenn ihr eure Truppen zurückzieht und auf den Boden des Völkerrechts zurückkehrt, dann heben wir die Sanktionen auch wieder auf. Wir wissen natürlich nicht, ob das gereicht hätte. Aber es hätte eine Chance verdient.

In Russland gibt es über 20.000 Multimillionäre, nur ein kleiner Teil von ihnen wird überhaupt sanktioniert.

Und jetzt ist der Zug abgefahren?

Schirdewan: Nein, was zu Beginn des Krieges richtig war, bleibt richtig: Es braucht zivile Alternativen zur Eskalation der Waffenlieferungen. Stichworte zielgerichtete Sanktionen gegen die Oligarchen und diplomatischer Druck der EU, gemeinsam mit Ländern wie

Brasilien und China. Und es ist gibt noch einiges mehr. Es ist zum Beispiel überfällig, dass Deserteure und Kriegsdienstverweigerer unbürokratisch geschützt werden und Asyl erhalten, getraut dem alten Spruch ‚Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin‘. Gerade die russischen Wehrpflichtigen wissen ja oft, was sie erwartet, dass sie ohne Rücksicht an der Front verheizt werden. Ich bin sicher, viele, die da kämpfen und getötet werden, wollen nicht in diesen Krieg. Dazu kommt: Die Ukraine braucht endlich einen Schuldenschnitt, anstatt sie mitten im Krieg faktisch weiter zu neoliberalen Reformen zu zwingen.

Deserteure und Kriegsdienstverweigerer müssen geschützt werden und Asyl erhalten.

Zivile Alternativen - das hört sich gut an, aber würde das wirklich helfen? Putin wirkt nicht so als würde er auf zivilen Druck reagieren.

Wissler: Es wäre schön, wenn mit dem gleichen Engagement, mit dem Waffenlieferungen diskutiert werden, endlich auch mal über die zivilen Alternativen gesprochen würde. Es ist auch nicht so, dass es gar keine Verhandlungen gäbe. Das Getreideabkommen zwischen der Ukraine und Russland wurde über die Vereinten Nationen und die Türkei vermittelt und wird jeden Tag in einem Kontrollzentrum in Istanbul kontrolliert. Es finden Gefangenenaustausche statt – auch darüber wird verhandelt. Diese Verhandlungsansätze sollten genutzt werden, um weitere Verabredungen zu treffen, zum Beispiel Schutzzonen um Atomkraftwerke oder Schulen, gefolgt von kleinen Waffenstillständen zu Ostern oder zu Schulbeginn. Das alles bedeutet noch nicht das Ende des Krieges, aber es sind erste Schritte.

Es wäre schön, wenn mit dem gleichen Engagement, mit dem Waffenlieferungen diskutiert werden, endlich auch mal

über die zivilen Alternativen gesprochen würde.

Aber wäre die Ukraine ohne Waffenlieferungen nicht Russlands Angriff ausgeliefert?

Schirdewan: Natürlich wird ein Krieg mit Waffen geführt. Aber das erzeugt fürchterliches Leiden. Deswegen braucht es einen Ausweg aus dieser Spirale des Schreckens. Wir lehnen Waffenlieferungen deshalb klar ab. Denn wie soll das alles sonst weitergehen? Nach den Panzern reden wir jetzt schon über Kampfflugzeuge. Bisher wurde noch jede rote Linie von der Bundesregierung wieder eingerissen. Der Krieg geht immer weiter. Und ein langer Abnutzungskrieg zerstört nicht nur unzählige weitere Existenzen in der Ukraine, er treibt auch weltweit Militarisierung und autoritäre Entwicklungen voran und sabotiert alle internationalen Bemühungen, um die Klimakatastrophe aufzuhalten. Profitieren tun davon vor allem die Rüstungskonzerne.

Nach den Panzern reden wir jetzt schon über Kampfflugzeuge.

Aber warum hat sich der Parteivorstand dann nicht dem „Manifest für den Frieden“ von Alice Schwarzer und Sarah Wagenknecht angeschlossen?

Wissler: Wir begrüßen, dass die Verengung der öffentlichen Debatte auf militärische Lösungen langsam überwunden wird und die Sorgen vor einer weiteren Eskalation mehr Gehör finden. Dafür stehen unterschiedliche Beiträge, wie die Forderung von Jürgen Habermas nach mehr Initiativen für Verhandlungen und die breite Unterstützung für diese Forderungen. Sie alle als „Putinverstehler“ und „Extremisten“ zu denunzieren, wie das teilweise Vertreter von Bundesregierung und Medien tun, ist Ausdruck einer Verrohung der öffentlichen Stimmung. Das schadet der nötigen Debatte über Aus-

wege aus dem Krieg. Unsere Gesellschaft braucht mehr, nicht weniger Diskussion über zivile Alternativen.

Sie alle als „Putinverstehler“ ist Ausdruck einer Verrohung der öffentlichen Stimmung.

Schirdewan: Und wir rufen ja für das ganze Wochenende um den Jahrestag des russischen Angriffes dazu auf, die Position der LINKEN in die Öffentlichkeit zu tragen: Russland muss seine Truppen aus der Ukraine zurückziehen, zugleich muss die Bundesregierung endlich die Eskalationsspirale durchbrechen, es braucht zivile Alternativen zur Aufrüstung und eine klare Kante gegen rechts. Denn ‚Nie wieder Krieg‘ und ‚nie wieder Faschismus‘, das gehört für uns natürlich zusammen. Dabei ist es ist völlig legitim, dass Genossinnen und Genossen an unterschiedlichen Veranstaltungen teilnehmen und linke Friedenspolitik bei verschiedenen Gelegenheiten in die Öffentlichkeit tragen. Wichtig ist nur, dass gemeinsam ein klares Zeichen für Verhandlungen, zivile Alternativen zu Aufrüstung und gegen rechts gesetzt wird. Und unsere Mitglieder sind ganz sicher mündig genug, selbst zu entscheiden, wo die passende Gelegenheit dafür ist.

„Nie wieder Krieg“ und „nie wieder Faschismus“, das gehört für uns natürlich zusammen.

Am vergangenen Freitag fand die Münchner Sicherheitskonferenz statt – ohne Russland. Nun kann man verstehen, dass der Leiter der Sicherheitskonferenz keine Bühne für russische Propaganda bieten wollte, aber kann man ohne Russland über Sicherheit in Europa verhandeln?

Schirdewan: Ich halte das für einen Fehler. In der Ukraine sterben Menschen, jeden Tag. Die Zivilgesellschaft in Russland wird brutal unterdrückt. Die Auswirkungen des Krieges sind weltweit zu spüren, alles

wird teurer. Und Herr Heusgen (Chef der Sicherheitskonferenz, Anmerkung der Redaktion) behindert Gespräche über eine Lösung des Konfliktes, weil er sich dafür ‚zu schade‘ ist. Heusgen fordert inzwischen auch die ‚Deputinisierung Russlands, Russland nennt dagegen ‚Entnazifizierung der Ukraine‘ als Kriegsziel. Dieses großsprecherische Wortgeklingel markiert maximal verhärtete Positionen, das ist hochgefährlich.

Wissler: Mit wem soll man denn sonst verhandeln? Man muss mit Putin verhandeln, denn einen Friedensvertrag kann es nur mit Russland geben. Gesprächsfäden darf man nicht abreißen lassen. Allerdings muss ich auch sagen: Die Münchner Sicherheitskonferenz war nie ein legitimes Gremium, sondern vor allem Kriegsrat und Waffenmesse der Mächtigen. Deshalb habe ich mich jahrelang an den Protesten dagegen beteiligt.

Ein Kriegsrat... allerdings ist ja nun mal auch Krieg. Ist es da so verkehrt, Kriegsrat zu halten?

Wissler: Ja, es ist falsch. Denn was sich hier zeigt, ist ein militärischer Tunnelblick, der alle Probleme mit Waffengewalt lösen will. Wer militärisch denkt, für den ergibt die Lieferung von immer schwereren Waffen Sinn, für den sind irgendwann auch die jetzt diskutierten Kampfflugzeuge der nächste logische Schritt. Das ist ein Weg, der nicht zum Frieden, sondern schlimmstenfalls geradewegs in den Atomkrieg führen kann.

Schirdewan: So gesehen war diese Sicherheitskonferenz ein Mehr vom Falschen. Statt nur darüber zu reden, wer wann wie viele und welche Waffen liefert, sollten endlich Initiativen für eine diplomatische Lösung, wie die des brasilianischen Präsidenten Lula, ernst genommen werden.

aus Linksbewegt - das Onlinemagazin

TERMINE

Veranstaltungen zum FRAUMENTAG
08.03. Ausstellungseröffnung
„Frauenbilder“ von Rudolf Sittner
15:00 Uhr Cottbus, Geschäftsstelle
Bitte unbedingt voranmelden!

11.03. Polit-Brunch mit Yasmin Kirsten muss leider gesundheitsbedingt auf Mai verschoben werden

14.03. Janine Wissler kommt nach Cottbus und berichtet über ihre Erlebnisse in der Türkei, den kurdischen Widerstand und den Kobanê-Prozess.
ab 17:00 Uhr Cottbus, Bunter Bahnhof, Güterzufuhrstraße

Musik + Essen aus Rojeva -Ausstellungen
Vortrag - Podiumsdiskussion mit
Janine Wissler und Aktivist:innen

SUPPORT Kurdistan!

14. März
ab 17 Uhr



16.03. PLAN B in Zusammenarbeit mit der Linksfraktion Brandenburg
Wunderwaffe Wasserstoff
Gespräch & Diskussion mit Hendrik Schnittker von PowerShift ab 18 Uhr im Café Zelig, Friedrich-Ebert-Str., Cottbus

25.03. Politfrühstück mit Anke Schwarzenberg Thema: Stalin
11:00 Uhr, Cottbus, Geschäftsstelle

Büroöffnungszeiten

Dienstag bis Donnerstag 10 - 16 Uhr

Während dieser Zeit kann auch unser Zeitzeugen-Archiv besucht werden!

Dienstag: Kassentag

Mittwoch: Soziale Bürgerberatung 11 - 13 Uhr

jederzeit per E-Mail info@dielinke-lausitz.de

Tel: 0355 - 22 44 0

im Netz: www.dielinke-lausitz



EINLADUNG

BÜNDNISRATSLAG
4. März - 10-15 Uhr
Bürgerhaus am Schlaatz

Frauentag: Einladung an alle Genossinnen und Freundinnen!



AUSSTELLUNG
aus Anlass des Internationalen Frauentages
FRAUEN BILDER
DIE LINKE.
Ostrower Straße 3
03048 Cottbus
vom 8. März bis 31. Mai 2023
RUDOLF SITTNER
FOTOGRAFIE UND DRUCKGRAFIK

Am 8. März, 15 Uhr, wird die Ausstellung „Frauen-Bilder, Fotografie und Druckgrafik von Rudolf Sittner“ durch Christian Görke eröffnet.

Die Ausstellung zeigt sensible Portraits von Frauen aus verschiedenen Regionen der Welt bei der Ausübung von Berufen und Tätigkeiten, beim Lachen, Tanzen und Trauern. Es gibt Kaffee und Kuchen.

Aus Platzgründen bitten wir um Reservierung: veranstaltungen@dielinke-lausitz.de
Wo: Geschäftsstelle DIE LINKE

Plan B - der gesellschaftskritische Abend

„Wasserstoff als grüner Energieträger ist in aller Munde. Viele Unternehmen und auch die Bundesregierung setzen auf diese Technologie, um die Energiewende umzusetzen. Grüner Wasserstoff soll mit Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt und dann genutzt oder gespeichert werden.

Dabei sind die Produktionskapazitäten in Deutschland limitiert, weshalb Unmengen an Importen notwendig sein werden. Wieviel grüner Wasserstoff in naher Zukunft überhaupt verfügbar sein wird ist mehr als fraglich.

Darum wollen wir darüber sprechen, in welchen Sektoren das knappe Gut eingesetzt werden sollte und in welchen Bereichen ökologisch und wirtschaftlich sinnvollere Alternativen zur Verfügung stehen. Dabei wollen wir neben der lokalen Anwendung von grünem Wasserstoff in Berlin und Brandenburg auch darüber sprechen, welche Auswirkungen große Wasserstoffprojekte auf die Produktionsländer im Globalen Süden haben werden.“



Wunderwaffe Wasserstoff
Hype oder Klimaretter?
Vortrag und Diskussion mit Hendrik Schnittker von PowerShift.e.V.
Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.
16. März
18 Uhr

tiven zur Verfügung stehen. Dabei wollen wir neben der lokalen Anwendung von grünem Wasserstoff in Berlin und Brandenburg auch darüber sprechen, welche Auswirkungen große Wasserstoffprojekte auf die Produktionsländer im Globalen Süden haben werden.“

Kommt mit! Bündnisratschlag „Gerechtigkeit Jetzt!“

Im Herbst 2022 haben wir gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und weiteren Partnern aus der Zivilgesellschaft das Bündnis „Gerechtigkeit. Jetzt!“ gegründet. Wir haben den Protest gegen die ungerechte Verteilung der Lasten in der Krise auf die Straße getragen. Und es geht weiter!

Wo können wir in Brandenburg ansetzen, um Armut und Ungleichheit nachhaltig zu bekämpfen? Welche konkreten Forderungen erheben wir dafür? Welche Aktionsformen sind die richtigen?

Inputs von: Prof. Dr. Christoph Butterwegge (Armut- und Ungleichheitsforscher), Stefan Reinecke (Journalist und Autor), Veronika

Wallner (PR-Expertin), Inga-Karina Ackermann (Arbeitslosenverband Brandenburg), Mike Döding (ver.di) Ines Große (Volkssolidarität Brandenburg), Angela Schweers (AWO Bezirksverband Potsdam), Sebastian Walter (DIE LINKE. Brandenburg)

Zur besseren Planung bitte per E-Mail an ratschlag@gerechtigkeit-jetzt.org anmelden.

4. März 2023 10:00 - 15:00 Uhr
Potsdam, Bürgerhaus am Schlaatz

Auch aus dem Kreisverband Lausitz werden Leute teilnehmen. Meldet Euch in der Geschäftsstelle wegen Mitfahrgelegenheiten und Infos.